Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Redaction bestimmte Manuskripte nur bis 8 Uhr Morgens.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 116. Sonnabend den 26. April 1890. 84. Jahrgang.

Wegen der Messe

ist unsere Expedition

morgen Sonntag Vormittags bis 12 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch auf die hierorts bestehende Bestimmung aufmerksam, wonach, wenn eine Familie mehr als drei Kinder zu gleicher Zeit zur Volksschule schickt, **auf Ansuchen der Eltern oder deren Stellvertreter** nur für die drei jüngsten Kinder Schulgeld erhoben werden soll.

Diese Bestimmung kann selbstverständlich dann keine Anwendung finden, wenn schon einem oder mehreren Kindern einer Familie freier Schulunterricht gewährt wird.

Leipzig, am 24. April 1890.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Walter. Lehnert.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Fußwege im Gewandgäßchen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 Pfennigen, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Fußwegherstellung im Gewandgäßchen"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 18. April 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Tb. 1965. **Straßenbau-Deputation.**

Die Herstellung der Fußwege im Kupfergäßchen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Fußwegherstellung des Kupfergäßchens"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 16. April 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Tb. 1966. **Straßenbau-Deputation.**

Versteigerung auf den Abbruch.

Folgende an der Harkortstraße hier unter Nr. 2 und 4, Brand-Kat.-Nr. 2 und 4, Abth. B, gelegenen Baulichkeiten, und zwar:

- das Nonnenmühlgebäude (Harkortstraße Nr. 2) einschließlich der 3 Radüberbauten und
- im Grundstücke Harkortstraße Nr. 4 das linksseitige 2stöckige Seitengebäude, sowie
- der massive Garten-Pavillon an der linksseitigen Einfriedigung,

sollen

Mittwoch, den 30. April 1890, Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 13, unter den ebendaselbst in der Nähe zur Einsichtnahme ausliegenden Bedingungen auf den Abbruch versteigert werden.

Die zur Versteigerung gelangenden Baulichkeiten können am 28. und 29. April d. J. nach vorheriger Anmeldung bei unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, besichtigt werden.

Leipzig, am 22. April 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Tb. 1999/860. Dr. Georgi. Näsing.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Dienstag, den 29. April a. c., Vormittags von 9 Uhr an

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe u. s. w. meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 24. April 1890.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungbähnel.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Fußwege in der Magazingasse soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Fußwegherstellung in der Magazingasse"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 16. April 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig.
Tb. 1967. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Pflasterarbeiten auf dem Neukirchhofe soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Pflasterarbeiten auf dem Neukirchhofe"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 16. April 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Tb. 1968. **Straßenbau-Deputation.**

Die Streikbewegung in Oesterreich.

Seit Mitte dieses Monats hat sich in dem Winkel, wo die österreichischen Provinzen Galizien, Mähren, Schlesien mit Preußisch-Oberschlesien zusammenstoßen, eine Bewegung entwickelt, deren Ende vorläufig noch nicht abzusehen ist und welche durch die dabei zu Tage getretene Rohheit und Gewaltthätigkeit geradezu erschreckt. Schon die Bergarbeiter in Polnisch-Ostrau, von wo der Streik im Ostrauer Kohlenbezirk seinen Anfang nahm, zeigten Neigung zu ungewöhnlichen Ausschreitungen, weil sie die Maschinenwärter an der Fortsetzung der Arbeit verhindern und dadurch die Schächte der Gefahr der Ueberschwemmung aussetzen wollten, was ihnen jedoch nicht gelang, aber die schlimmsten Vorgänge spielten sich in den Witkowitzer Eisenwerken und bei förmlichen Raubzügen in die Umgegend ab, wobei der Zerstörungstrieb und die Habgier der Unruhstifter weit mehr hervortrat, als das Streben nach Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Ein Streik konnte thatsächlich nur in den Kohlengruben des Ostrau-Karwiner Bezirks bemerkt werden. Dort wurden auch bestimmte Forderungen der Streikenden gestellt und der Bergbehörde in Mährisch-Ostrau durch eine Abordnung der Streikenden vorgetragen.

Im Uebrigen waren die Gewaltthätigkeiten, Raub und Plünderung Zweck der Aufrührer. Sie erschienen plötzlich in irgend einer Fabrik oder auf Bauplätzen, nur in der Absicht, die Zahl der Unzufriedenen zu vermehren, und nöthigten friedliche Arbeiter, die ruhig ihrer Beschäftigung nachgingen, die Arbeit einzustellen, damit die Aufregung vergrößert und die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden getheilt wurde. Die Rotte, welche den Arbeitern in den Witkowitzer Eisenwerken drohte, sie in die Puddelöfen zu werfen und Alles zu vernichten, Menschenleben wie Maschinen, wenn die Arbeiter ihre Befehle nicht befolgten, hatte mit dem Streik nichts zu thun, das waren Unholde, raubgierige Strolche, Leute, die aus frevelhaftem Uebermuth zu Allem fähig waren, aber nicht Arbeiter, die auf gesetzlichem Wege eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen wollten. Die Plünderungen bei den Kaufleuten und Branntweinschänkern in der Umgegend von Ostrau, in Groß-Kunzendorf, Klein-Kunitzitz, in Witkowitz und Ratimau, welchen Zusammenhang hatten diese verbrecherischen Handlungen mit dem Streik der Grubenarbeiter? Oder was wollten die Banden, welche von Ostrau nach Wagstädt und Fulnek zogen, um im Verein mit den Wagstädter Fabrikarbeitern das Haus der Gebrüder Eisler dem Erdboden gleich zu machen, anderes, als ihre Verachtung gegen die Gesetze zu zeigen und sich an fremdem Eigenthum zu bereichern?

In Biala sind am 23. April die gleichen Erscheinungen beobachtet worden: Zu Tausenden durchzogen die meuternden Banden die Stadt, zertrümmerten Fenster und Thüren, raubten eine Reihe von Geschäftslocalen aus und wurden erst durch die scharfen Schüsse der Soldaten daran erinnert, daß man nicht ungestraft Gesetz und Ordnung mit Füßen treten darf. Es ist der Geist der Auflehnung, von welchem die Massen in jener Gegend und auch in vielen andern Ländern, in Spanien, Frankreich, Belgien, England, Italien, auch zum Theil in Deutschland erfaßt sind, und welcher uns mit wohlbegründeter Besorgniß vor der Zukunft erfüllt. Was hilft es, daß die streikenden Arbeiter, wenn sie sehen, daß sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen, oder wenn sie ihren Zweck ganz oder theilweise erreicht haben, zur Arbeit und zur Ruhe und Ordnung zurückkehren? Die Zwischenzeit, in welcher sie feierten und entweder Rohheiten und Gewaltthätigkeiten Anderer geschehen ließen, oder sich selbst daran betheiligten, wird dadurch nicht übersprungen, diese Ereignisse haften in der Erinnerung und wirken weiter, und wer vermag das Ende dieser lawinenartig sich fortentwickelnden Bewegung zu bestimmen?

Man hat die Frage aufgeworfen, weshalb die Ausschreitungen bei Streiks gerade in Oesterreich einen so bedenklichen Charakter annehmen, und glaubt die Antwort in dem dort vorhandenen Massenelend gefunden zu haben. Das mag auf die Wiener Vorstädte passen, aber nicht auf den Ostrauer Kohlenbezirk und auf die Fabrikstädte der Umgegend. Dort kommt ein anderes Moment hinzu, und das ist die Rassenverschiedenheit der Bewohner, durch welche zugleich ein Bildungshinderniß gegeben ist. Die Provinzen mit slawischer Bevölkerung, in erster Linie Galizien, stehen an Bildung der Bewohner weit zurück hinter den deutschen Provinzen Ober- und Niederösterreich, und wegen des nationalen Gegensatzes hat auch die Judenfrage in Oesterreich einen weit ernsteren Hintergrund als anderswo. Bei den jüngsten Unruhen in Neu-Lerchenfeld, Ottakring und Hernals, den Wiener Vororten, waren es in der Hauptsache jüdische Kaufleute, gegen welche sich die Wuth des Pöbels richtete, und dieselbe Beobachtung hat sich bei den Unruhen im Ostrauer Revier, in Wagstadt, Fulnek und Ratiman wiederholt. Man ist sogar geneigt, einen Theil der Plünderungen mit Aufreizungen von antisemitischer Seite in Zusammenhang zu bringen, ob mit Recht oder nicht, muß die Untersuchung lehren.

Die Grubenarbeiter des Ostrau-Karwiner Reviers sind jetzt zum größten Theil zur Arbeit zurückgekehrt, obwohl ihnen die Gewerke die Erfüllung ihrer beiden Hauptforderungen, der Abschaffung der Accordarbeit und der achtstündigen Schicht, rundweg abgeschlagen haben. Das war vorauszusehen und deshalb war der Streik überhaupt zwecklos. Wer ist nun aber als Urheber des Streiks anzusehen? Dunkle Andeutungen weisen auf fremde Einflüsse hin, gleichwie das bei der großen Arbeitseinstellung im rheinisch-westfälischen Kohlenbecken geschehen ist. Klarheit ist darüber bis zum heutigen Tage nicht gewonnen, nur so viel ist außer Frage, daß socialistische Einflüsse die Hauptschuld an der vorjährigen Bewegung tragen.

Man sieht in Oesterreich auch mit besonderer Besorgniß den Ereignissen des 1. Mai entgegen; es sind militairische Vorsichtsmaßregeln in großartigem Maßstabe vorbereitet, um alle etwaigen Ausschreitungen mit äußerster Energie entgegen zu treten. Es ist das sehr natürlich nach den jüngsten Erfahrungen in den Wiener Vororten und im Ostrauer Bezirk; man wird an diesem Tage in der Lage sein, einen Ueberblick über die Zahl des Pöbels zu gewinnen, welcher ein Feind von Gesetz und Ordnung ist. Graf Taaffe hat vor einigen Tagen im österreichischen Abgeordnetenhause versichert, daß die anarchistischen Bestrebungen nachgelassen haben. Das ist unzweifelhaft richtig, denn der organisirte Anarchismus hat lange Zeit nichts von sich hören lassen, er ist an der Maßlosigkeit und der Unmöglichkeit seiner Bestrebungen gescheitert, und wenn auch nicht verschwunden, so doch in eine rückläufige Bewegung gekommen, aber an seine Stelle ist das regellose Proletariat getreten, das überall in großen Massen auftritt, wo die Aussicht blüht, daß die gesetzlichen Schranken niedergerissen werden können. Verwundungen und Verhaftungen schrecken diese Menschenclasse nicht, denn Jeder hofft, er werde zu Denen gehören, welche der strafenden Nemesis spotten, und daß deren Zahl sehr groß ist, läßt sich nicht leugnen. Das ist die Gefahr in einem Lande, wo der Classen- und Rassenhaß eine so ungewöhnliche Höhe erreicht hat, wie in Oesterreich. Es wird sehr eindringlicher Mahnungen in Gestalt rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt bedürfen, um den Geist der Zügellosigkeit zu unterdrücken, welcher in Oesterreich allmälig in sehr besorgnißerregender Weise um sich gegriffen hat. *

Leipzig, 26. April.

* Die „Freisinnige Zeitung" vom 23. d. M. brachte ausführliche Mittheilungen über Aeußerungen, welche der Fürst von Bismarck bei dem Empfange des Directoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller in Friedrichsruh zu demselben gemacht haben sollte. Diese Mittheilungen entbehren, wie die „Berliner Politischen Nachrichten" melden, schon deshalb jeder Authenticität, da sie von keiner der damals empfangenen Personen ausgegangen sind. Die Mittheilungen sind theils ungenau, theils entstellt, und scheinen aus einer Combination gelegentlicher Aeußerungen der empfangenen Herren mit Anschauungen und Gerüchten hervorgegangen zu sein, die bereits seit längerer Zeit in Umlauf waren. Eine Richtigstellung zu geben, ist schon dadurch ausgeschlossen, daß mit einer solchen Mittheilungen über eine private Unterhaltung verbunden sein müßten, welche zu machen nicht in der Absicht der Mitglieder des Directoriums gelegen hat. Es geht dies auch unverkennbar aus dem ersten über den Empfang veröffentlichten Bericht hervor, der von dem Directorium ausgegangen war.

* Ueber die Stellung des Fürsten Bismarck zu der gegenwärtigen Regierung bringen die „Hamburger Nachrichten" folgende Erklärung:

Die freisinnige Presse versucht, unbeirrt durch unser neulichst klares und unzweideutiges Dementi, den Anschein zu erwecken, als ob Fürst Bismarck dem neuen Reichskanzler durch die „Hamburger Nachrichten" Schwierigkeiten bereiten lasse. Dem gegenüber constatiren wir, daß uns Fürst Bismarck vielmehr den Wunsch ausgedrückt hat, Herr v. Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hoch schätze, möge seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend mit Rücksicht behandelt werden. Er, der Fürst, sei mit Herrn v. Caprivi befreundet und wünsche es zu bleiben.

Die Freunde Bismarck's haben niemals eine andere Stellungnahme des Fürsten erwartet. Zu welchen Zwecken man in der deutschfreisinnigen, klerikalen und reactionairen Presse den Popanz einer „Fronde" desselben aufgestellt hat, ist schon hervorgehoben worden. Sollte Fürst Bismarck wirklich im Parlament erscheinen, so könnte es sich leicht ereignen, daß er Herrn v. Caprivi gegen manche Leute unterstützte, welche sich diesem jetzt als Schützer gegen die Bismarck'sche „Fronde" anbieten.

* Der preußische Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten hat eine Anweisung zur Ausführung der Laufübungen im Turnunterricht erlassen und den königlichen Regierungen und Provinzial-Schulcollegien aufgegeben, dieselbe den mit dem Turnunterricht beauftragten Lehrern an den ihrer Aufsicht unterstellten Schulanstalten zur Kenntniß und Nachachtung mitzutheilen.

* So muß es kommen! Gegen den antisemitischen Reichstagsabgeordneten für Gießen, W. Pickenbach, ist nunmehr, wie die „Freisinnige Zeitung" zuverlässig erfährt, von Amtswegen (der Staatsanwaltschaft in Berlin) die Untersuchung wegen strafbaren Wuchers eingeleitet worden.

* Der Centralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung beschloß gestern, die diesjährige Generalversammlung auf den Spätsommer zu vertagen und sie in einer mitteldeutschen Stadt abzuhalten. Zur weiteren Förderung des hauswirthschaftlichen und volkswirthschaftlichen Unterrichts cooptirte der Ausschuß auf Vorschlag des Vorsitzenden und des Abgeordneten von Stenckendorff die Lehrer Tews und Gruppler, sowie den Reichstagsabgeordneten Dr. Pachnicke in den Ausschuß.

* Zur „Feier" des 1. Mai schreibt die „Nationalliberale Correspondenz":

Es ist gewiß berechtigt, wenn der Neigung entgegengetreten wird, die öffentlichen Zustände düsterer zu malen, als sie in Wirklichkeit sind; aber ebenso sehr am Platze ist die Warnung vor einem durch die thatsächliche Lage nicht begründeten Optimismus. Wer die Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung beobachtet, der kann nicht ohne Sorge sich die Frage vorlegen, wie und wo diese unaufhaltsam wachsende Gährung enden soll. Um sich einen Begriff von dem herausfordernden Tone zu machen, bei welchem man bereits angekommen ist, braucht man nur einen Blick in die Versammlungsrubrik des socialdemokratischen „Berliner Volksblatt" zu werfen. Wilder, aufreizender, als es dort jetzt geschieht, ist auch vor dem Erlaß des Socialistengesetzes im Jahre 1878 kaum über das fluchwürdige Ausbeutungssystem des Capitals gegenüber der Arbeit declamirt worden. Aber bei der Hetze gegen die Bourgeoisie begnügt man sich nicht mehr. In einer Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins im 6. Berliner Reichstagswahlkreise wurde vor einigen Tagen die neue Aera einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Der Geist dieser Kritik erhellt aus dem Ausspruche des Redners, heutzutage könne man nicht mehr sagen: „Der König rief, und Alle, Alle kommen", sondern heute rufen die Arbeiter. Bei diesen Worten wurde die Versammlung auf Grund des Socialistengesetzes aufgelöst. Ohne die Anwendung dieser einstweilen noch zur Verfügung stehenden Waffe wäre das Bild von der weltumfassenden Herrschaft der arbeitenden Classe wohl noch weiter ausgeführt. Es ist der Gedanke, der in allen über die Frage des 1. Mai veranstalteten Versammlungen wiederkehrt, der Gedanke, den in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung ein Arbeiter dahin ausdrückte: „Am 1. Mai muß sich bewahrheiten das Dichterwort: Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will." Die Leitung der deutschen Socialdemokratie ist sich der Gefahr bewußt geworden, der sie auf diese Weise entgegentreibt; sie hat in dem bekannten Aufrufe die entfesselten Geister zurückzurufen versucht. Aber das „Berliner Volksblatt", welches sich noch am meisten bemüht, dem Fractionsbeschlusse eine gewisse Beachtung zu verschaffen, berichtet heute über nicht weniger als fünf in den letzten Tagen in Berlin stattgehabte Versammlungen, in welchen beschlossen worden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Nun versucht man's auf andere Weise. Das socialdemokratische Organ theilt die Namen einiger Fabriken mit, welche ihren Arbeitern den 1. Mai frei gegeben haben. Offenbar soll damit ein Druck auf die Arbeitgeber geübt werden. Man kann nur hoffen, daß die Arbeitgeber im Großen und Ganzen sich durch derartige Beispiele nicht beirren lassen. Nur die vollständigste Verbindung kann über den ungeheuren Ernst der Frage hinwegtäuschen. Nachgiebigkeit würde hier zweifellos den meisten Arbeitgebern für den Augenblick das Bequemste und Angenehmste sein. Aber Jeder, der seinen Blick nicht auf seine vier Pfähle beschränkt, der jetzt, was in der Welt vorgeht, begreift auch, daß hier Nachgiebigkeit nur Schwäche wäre, eine Schwäche, die früher oder später zu den schlimmsten Katastrophen führen müßte.

* Sobald im Herbst das Socialisten-Gesetz, wie man in socialdemokratischen Kreisen jetzt für sicher hält, abgelaufen ist, soll, wie eine parlamentarische Correspondenz meldet, auf deutschem Gebiet ein socialdemokratischer Partei-Congreß einberufen werden. Ort und Zeit sind bis jetzt noch nicht bestimmt, doch werden bereits Vorbereitungen für den Congreß getroffen. Hauptsächlich wird es sich um eine öffentliche Rechnungslegung des Fractions-Vorstandes handeln. Der Ausweis wird sich bis in das Jahr 1878 zurückerstrecken.

* * *

* Im ungarischen Abgeordnetenhause dürfte es schon gleich bei Beginn der in einigen Tagen zu eröffnenden neuen Sitzungsperiode zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Ministerium und der äußersten Linken über das Heimathsrecht kommen. Wie Graf Szapary im liberalen Club mit aller Bestimmtheit erklärt, wird er einer parlamentarischen Erörterung dieser Angelegenheit nicht aus dem Wege gehen, aber in keine Aenderung des Gesetzes willigen. Hiernach würde sich der Feldzugsplan der äußersten Linken in seinen Grundzügen schon im Vorhinein dahin definiren lassen, daß genannte Partei unverweilt mit ihrem diesbezüglichen Entwurf hervortritt. Derselbe würde dann dem zuständigen Ausschusse überwiesen und letzterer sein wie natürlich ablehnendes Referat dem Hause vorlegen. Die Regierung ihrerseits würde einer ausgiebigen Erörterung der Sache keinerlei Hindernisse in den Weg legen, da eine gründliche Klärung des strittigen Falles auch ihr nur erwünscht sein kann. Das wäre aber auch das einzige Zugeständniß, auf welches die Opposition in dieser vielumstrittenen Frage zu rechnen hätte, umsomehr, als die Regierung sich, auch was den vorliegenden Fall anlangt, nicht nur mit der großen Mehrheit der Vertretungskörperschaften, sondern auch der Bevölkerung eins weiß, welche letztere seit Jahr und Tag die unwiderleglichsten Beweise geliefert hat, daß sie das tendenziöse Treiben des Chauvinismus der äußersten Linken mit all den obligaten in- und außerparlamentarischen Skandalscenen auf das Entschiedenste mißbilligt und von einer agitatorischen Verhetzung der öffentlichen Meinung nichts wissen will.

* Nach dem vom ungarischen Justizminister Szilagyi dem Abgeordnetenhause vorgelegten Gesetzentwurfe über die Decentralisation der königl. Tafeln sollen in Ungarn in Zukunft 11 Obergerichte bestehen, und zwar in Ofen-Pest, Debreczin, Nyad, Kaschau, Klausenburg, Marosch-Vasarhely, Großwardein, Fünfkirchen, Pretzburg, Szegedin und Temesvar. Die Zutheilung der Gerichtshöfe zu diesen königlichen Tafeln ist nach dem Grundsatze erfolgt, daß Gerichtssprengel in national-gemischten Landestheilen immer zu Obergerichten in kerenmagyarischer Umgebung zu gehören haben. Die Gerichtshöfe zu Hermannstadt, Karlsburg und Bistritz mit zum guten Theil sächsischer Bevölkerung sollen z. B. der königl. Tafel zu Klausenburg, die Gerichtshöfe von Kronstadt und Elisabethstadt der königl. Tafel zu Marosch-Vasarhely, die Gerichtshöfe von Groß-Becskerek, Nagy-Kikinda, Szabadka, Neusatz und Zombor mit zum großen Theil serbischer und deutscher Bevölkerung der königl. Tafel von Szegedin unterstehen.

* Das Wachsen des Deutschthums in Bosnien bereitet den südösterreichischen Slaven, den Slowenen und Kroaten, augenscheinlich schwere Sorgen, denn sie schimpfen und hetzen aus Leibeskräften. Uebrigens kann man ihren Auslassungen auch viel Beachtenswerthes entnehmen; so berichten südslawische Blätter über die deutsche Colonisation in den occupirten Ländern Folgendes: „Das Deutschthum breitet sich in Bosnien und der Herzegowina immer mehr aus, und wenn das so fortgeht, wie es angefangen hat, so wird man um das Schicksal der beiden Länder thatsächlich besorgt sein müssen. Sofort nach deren Besetzung warfen die Apostel des Deutschthums ihre gierigen Augen auf dieses slawische Land. Ganze Schaaren Deutscher aus Deutschland und Oesterreich brachen ins Land, um sich dort anzusiedeln. Im Jahre 1879 gründeten sie die zwei Gemeinden Ober- und Unter-Windthorst. Nicht weit von diesen beabsichtigt man jetzt die Gründung eines neuen Herdes der Germanisation durch die Besiedelung anderer Gemeinden, in welche Landleute aus Hessen unausgesetzt einwandern. Eine halbe Stunde von jenen kleinen Mittelpunkte der deutschen Ansiedelungen liegt die Stadt Maglaj. Vor acht Jahren überschwemmten deutsche Ansiedler aus Ungarn und Schlesien auch diesen Ort, um in kurzer Zeit auch seinen Namen zu verdeutschen; heute heißt das alte Maglaj bereits Karolsthal. Bei Maglaj und Banjaluka entstanden auch noch andere deutsche Ansiedelungen. Im Südwesten Bosniens kaufte ein deutscher Unternehmer ungeheure Wälder und berief 2000 deutsche Arbeiter, sie auszuschlagen. Auch hier beginnt die Besiedelung mit Deutschen. Bei Bjelina besteht ebenfalls eine deutsche Colonie. Im Jahre 1886 kamen 65 deutsche Familien dahin, kauften von den Bosniern Grund und Boden und tauften ihre Ansiedelung Franz-Josefsfeld. Ein Jahr später erschienen abermals mehrere Hundert Familien, kauften sich an, und heute steht dort eine deutsche Stadt, in welcher bereits eine Ortsgruppe des deutschen Schulvereins ihre Thätigkeit entfaltet. Das ist jedoch noch nicht Alles. Die Erfolge dieser Ansiedelungen ziehen immer neue Scharen von Einwanderern aus dem übervölkerten Deutschland heran, das sich selbst zum Nutzen dieser Auswanderung begünstigt. Nach den Aufsehern kommen jetzt